

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterschaft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal MK. 3

Erscheint jeden Mittwoch
Redaktionsstunde Sonnabend nachm. 3 Uhr

Abonnationspreis pro dreieckige Postzelle MK. 1, für die Zählstellen 30 Pf.

Die Konditorenkonferenz in Dresden.

Am 6. April waren auf Einladung unseres Zentralverbandes die Konditorgehilfenvereine der acht mitteldeutschen Bezirke zu einer Konferenz zusammengetreten und jeder Teilnehmer derselben wird nicht nur die Überzeugung gewonnen haben, daß die Veranstaltung eine notwendige gewesen ist, sondern hat Dresden sicher mit dem Bewußtsein verlassen, daß dort eine gute und eindrucksvolle Bewegung gefördert worden ist. Notwendig war die Veranstaltung, unter den gegenwärtigen Verhältnissen gerade deswegen, weil es, und nicht ganz erfolglos, in den Bemühungen der Meisterschaft liegt, durch eine geschickte, ihren Ursprung nicht verratende Propaganda, einen Teil der Gehilfenschaft so weit zu bringen, die Einigungsbestrebungen zu durchkreuzen. Der unten folgende Bericht über eine weitere Konferenz der Gehilfen in Magdeburg legt dafür Zeugnis ab.

In Dresden waren die Gehilfenvereine beziehungsweise Konditorektionen des Centralverbandes vertreten aus den Städten: Dresden, Görlitz, Breslau, Ratisbon, Chemnitz, Leipzig, Stettin, Altenburg, Magdeburg, Erfurt und Halle a. d. S. mit zusammen 595 Mitgliedern. Der Verbandsvorsitzende Diermeier begrüßte die Vertreter unter Hinweis darauf, daß die Arbeiterschaft dazu berufen sei, an dem wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands mitzuwirken. Er stellte daran die bisherige Berislitterung der Kollegenschaft, die Tendenzen der Vergnügungsvereine und schilderte ferner kurz die Lage der Kollegen sowie die Schritte, die notwendig sind, um eine Gesundung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Unsere Bestrebungen, die von ihren Gegnern als gleichbedeutend mit dem Untergang des Handwerks hingestellt werden, sollen im Gegenteil nur jedem Gehilfen die Möglichkeit bieten, dem Handwerk treu bleiben zu können.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die allgemeine Lage des Konditorgewerbes, nahm Kollege F. J. D. im besonderen die früheren und jetzt herrschenden Zustände auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Grundlage seiner Ausführungen und mußte schon hierbei auf die Wurzel aller Übel, die bisherige Zerrissenheit der Bewegungen, ferner auf die Überlastung des Arbeitsmarktes, hervergerufen durch die fortgesetzte starke Einstellung von Lehrlingen, Bezug nehmen. Im Gegensatz zu den durch den langen Krieg vollends untergraben Existenz der Gehilfenschaft sei die Lage der Meister gerade durch die Kriegsverhältnisse eine überaus günstige geworden, so daß die Fortbewegungen von unserer Seite ohne weiteres bereitwilliges Entgegenkommen finden könnten. Kollege Diermeier behandelte dann ausführlich die bisherigen Organisationsbestrebungen und die Wege, die zu einem einheitlichen Verband führen. Er gab eine Darstellung der Geschichte der Entstehung aller ehemaligen und der noch bestehenden Organisationen und ging auf ihre mehr oder minder neuwertige Betätigung im einzelnen ein. Der schlüssige Nachweis, daß für die Höherentwicklung unserer Lage gegenwärtig nur noch unser Zentralverband in Frage kommen könne, konnte durch Bekanntgabe der bereits vollzogenen Tarifabschlüsse mit den Konditorektionen erbracht werden. Weidler fasste die Grundlinien seiner Ausführungen zu einer Erklärung zusammen, die von der Konferenz am Schlusse der Tagung einstimmig gutgeheissen wurde. Wir geben sie weiter unten im Wortlaut wieder. Die Ziele der Einheitsbewegung und welche Forderungen die Gehilfen zu stellen haben, besprach als dritten Punkt Diermeier. Er sah davon ab, aufzustellende Forderungen im einzelnen zu präzisieren; die Grundlinien derselben ergeben sich aus den Zielen, die die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die unsere im besonderen schon immer verfochten hat und die vor Diermeier den Kollegen nochmals klar vorgeführt wurden.

Die Aussprache über diese 3 ersten Punkte war zusammengelegt worden und ergab eine fast übereinstimmende Einmütigkeit der Auffassung. Es zeigte sich, daß in die Kollegenschaft, soweit sie auf der Konferenz vertreten war, wirklich ein neuer Geist Eingang gehalten hat. Von allen Seiten wurde an der Betätigung der Gehilfenvereine die heitere Artikl geübt und das energische Vorgehen unserer Organisation, das in den letzten Monaten bereits so große Erfolge brachte, auf das lebhafte anerkannt. Die organisatorischen Erfolge in den einzelnen Orten oder Bezirken wurden ausgezählt; besonders erfreulich waren sie im Bezirk Breslau. Auch Kollege Kiesel, Halle a. d. S., der frühere langjährige Vorsitzende des Nationaldeutschen Konditorgehilfenverbandes, summte den Ausführungen der Referenten vollständig zu und ergänzte sie durch seine reichen Erfahrungen auf organisatorischem Gebiete. Nur ein ein-

iger Gegner trat hervor, es war der Kollege Maher, Magdeburg, der, wenn auch nicht der Urheber, aber doch das ausführende Organ der dort ihre zerstörende Tätigkeit wiederaufnehmenden Elemente ist. Er verwahrte sich allerdings dagegen, daß der gemachte Vorwurf auftrete, die beabsichtigte Neugründung eines Gehilfenbundes werde von Meistergeldern unterstützt; er führte aber selber aus, daß Herr Konditormeister Behrens ihm bereits MK. 500 für Gründungsziele angeboten habe. Ein Beweis, wie diese Art Kollegen von der Meisterschaft von vornherein eingeschlagen wird. Herr Maher wurde aus der Konferenz heraus von allen Seiten aufgefordert, die mehr als jemals nicht nur überflüssige, sondern schädliche Gründung einer neuen Sonderorganisation zu unterlassen und, da er in Dresden nun die Meinung einer so großen Zahl von Kollegen gehört habe, in Magdeburg selber für die Einheitsorganisation einzutreten. Der Herr zog es aber vor,

Raumes wegen hier nicht im einzelnen wiedergegeben werden können; wir müssen die Kollegen darauf verweisen, daß in den Versammlungen der nächsten Zeit diese Frage überall eingehend besprochen werden muß. Diermeier konnte bei Behandlung des letzten Punktes und in seinem Schlusswort der Konferenz nochmals hinzulegen, wie die Kollegen zu arbeiten haben, um die Wegs der Einheit zu beschreiten, und was geleistet werden muß, um dem Centralverband in einer schneller und schneller die Kräfte zuzuführen, die er notwendig hat, wenn bereits in nächster Zukunft unser großes Ziel, möglichst durchgreifende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zu erfähren, Wirklichkeit werden soll.

*

Die Kollegen gingen in dem Bewußtsein auseinander, daß von der Konferenz aus ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Konditorenbewegung beginnen wird, die planvolle Zusammenfassung der Kräfte beginnt, und sie wird ihre Früchte tragen. Besonderer Dank gebührt auch noch den Dresdner Mitgliedern des Gehilfenvereins, die in großer Anzahl und mit regem Interesse den Verhandlungen beiwohnten.

Die Erklärung der Dresdner Konferenz lautet:

Die am 6. April in Dresden tagende Konferenz der Konditorgehilfen aus den Bezirken Dresden, Görlitz, Breslau, Chemnitz, Leipzig, Halle a. d. S., Magdeburg und Erfurt fordert die in den Konditoreibetrieben Deutschlands tätige Kollegenschaft auf, von jetzt an in ihrer Gesamtheit zielstarker und energischer für ihre Interessen als Berufskarrieren einzutreten. Die Konferenz stellt fest, daß die bisherige Unclarheit und Launheit in allen Bestrebungen der Kollegen in bezug auf Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ihre Ursache in dem Beisein und der Betätigungsart der vielen losen örtlichen Gehilfenvereine hat. Diese Vereine haben es zwar immer verstanden, durch Geselligkeitspflege einen großen Teil der Kollegen an sich zu ziehen, es aber gänzlich unterlassen, ihre Mitglieder zur Führung gewerkschaftlicher Kämpfe einzuladen, so daß eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse nicht eintreten konnte. Die Vereine sind sogar noch heute zum Teil so stark von der Meisterschaft abhängig, daß sie sich den Forderungen fortgeschritter Kollegen entgegenstellen. Das gering entwickelte Solidaritätsgefühl ermöglichte es darum weiterhin, daß, als im Laufe des Jahres sich endlich Einigungsbestrebungen geltend machten, diese wieder nach verschiedenen Richtungen einsiehen. Eine gegenseitige Belämpfung der dann entstandenen Verbände war die erste und ihre weitgehende Lähmung die zweite Folge. Besonders Bedeutung erlangte nur der National-Deutsche Konditorgehilfenverband und der Centralverband der Konditoren und verwandter Berufsgenossen, der sich 1907 mit dem Verband der Bäcker zu einer Einheitsorganisation verschmolz. Alle andern zentralen Organisationen haben zu keiner Zeit für die Kollegenschaft in den Betrieben eine nennenswerte Bedeutung besessen, und auch der Nationaldeutsche Verband war bis zum Jahre 1914 trotz lebhafter Tätigkeit nicht genügend erstaunt, um während der langen Kriegsjahre noch irgendwelche Tätigkeit zum Nutzen der Kollegenschaft ausüben zu können. Nur allein die im Centralverband der Bäcker und Konditoren organisierten Kollegen fanden auch während des Krieges und besonders nach Einführung in ihrer Organisation einen wirksamen Schutz ihrer Interessen. Gerade der Zusammenschluß aller verwandten Berufsgenossen hatte diesem Verband die Möglichkeit gegeben, nach dem Sturm des Weltkrieges sofort wieder mit vollstem Nachdruck einen erfolgreichen Kampf für das Wohl der Kollegenschaft aufzunehmen. Zu richtiger Erkenntnis dieser Sachlage hat deshalb auch die Leitung des Nationaldeutschen Konditorgehilfenverbandes jetzt davon Abstand genommen, die Abstie, ihren Verband neu aufzubauen, weiter zu verfolgen. Sie hat sich selber dem Centralverband der Bäcker und Konditoren angeschlossen, und auch eine Anzahl der Vereine, die früher hinter ihr standen, hat in den letzten Monaten denselben Weg gefunden. Der schöne Gedanke der Einigkeit mächtigt!

Der Kongress erklärt auf Grund dieser Tatsachen:

Der Kauf der Konditorgehilfen für eine durchgreifende und dauernde Verbesserung der Arbeitsverhältnisse führt nur zum Ziel, wenn alle Kollegen sich zu einer auf dem Boden der freien Gewerkschaften stehenden Einheitsorganisation bekennen, die alle in der Konditorei und den verwandten Berufen tätige Arbeiterschaft errichtet. Eine solche Organisation ist im Centralverband der Bäcker und Konditoren (Sitz Hamburg) gegeben.

Lenzkraft.

Junge Spitzen grünen aus trockenem Moos,
Knospend bricht an den saftigen Zweigen die Rinde,
Heimliche Kraft in der Erde gesesseltem Schoss
Will sich wiegen im freien Atem der Winde.
Was in der Tiefe Dunkel verborgen geruht,
Was mit Schweigen und blindem Vergessen geschlagen,
Was die eisige Last harter Schollen getragen —
Aufwärts steigt's in der Sonne wärmende Glut.

Aufwärts steigt's, junge Glieder im Spiele zu regen,
Steigt empor, zu banen am schattigen Dom,
Will sich spiegelnd am singenden Flusse bewegen,
Will ihn hören, des Lebens rauschenden Strom.
Will erschauern, wenn donnernde Stimmen sprechen,
Wenn des Himmels feuerflammendes Schwert
Jauchzend nieder in prangende Kronen fährt
Und der Wolken finstere Schleusen brechen.

Leben will's! Will nicht modern im Reich der Gewürme.
Ewige Kraft des Frühlings, dein heiliger Sinn
Singt in die Sonne und jubelt in brausende Stürme
Sein unsterbliches Siegergelöbnis: Ich bin!
Ja, du bist! Und ob Welten im Feuer vergehen,
Und ob Völker versinken im fressenden Brand —
Alles, was ist, du lässt es von neuem erstehen:
Menschen und Bäume, Vögel und blühendes Land.

Ernst Prezzang.

während der weiteren Tagung überhaupt nicht wieder das Wort zu ergreifen. Die Konferenz delegierte dann noch den Kollegen F. J. D. nach Magdeburg, um dort im Sinne der Einheit zu wirken.

Die weiteren Tagesordnungspunkte, Sonntagsarbeit, Lehrlingsfrage und die Werbetätigkeit der nächsten Wochen, behandelten wieder Weidler, F. J. D. und Diermeier. Die Konferenz kam zu dem Beschlus, an der Forderung der vollständigen Sonntagsruhe in den Konditoreibetrieben festzuhalten. Man war sich wohl darüber klar und einige Redner brachten es zum Ausdruck, daß in der ersten Zeit eines vollständigen Verbotes der Sonntagsarbeit sich einzelne Schwierigkeiten erstellen müssen; aber die Anpassungsfähigkeit der Konditoren sei in technisch gut ausgestatteten Betrieben groß genug, um die Sonntagsruhe restlos durchzuführen zu können. Deshalb sei es zu verurteilen daß die Regierung bereits den Meistern wieder die Ausnahme einer dreistündigen Sonntagsarbeit versprochen habe. Die Konferenz erwartet, daß eine rechtsgültige Verordnung in diesem Sinne nicht erlassen wird. Die Kollegenschaft solle sich entschieden dagegen wehren, wenn schon jetzt, nur auf Grund von Versprechungen, in den Betrieben die Sonntagsarbeit verlangt wird. Sollte die Forderung der Kollegenschaft nicht in Erfüllung gehen, so ist für Sonntagsarbeit — auch in Niedrigfallen — aber mindestens eine hohe Nebenstundenbezahlung und außerdem unter allen Umständen ein ganzer freier Tag in der Woche zu verlangen. Zur Lehrlingsfrage, einer der wichtigsten Fragen der Gegenwart und der nächsten Zukunft, stellte Kollege F. J. D. eine Reihe gut durchdachter, zum Teil noch neuer Richtlinien auf, die des

Der Kongress erwähnt die Kollegenchaft, eingedenkt zu sein der ersten Zeit, die es der Arbeiterschaft aller Berufe zur Pflicht machte, an dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens mitzuwirken. Hierzu gehört auch der Neuaufbau unseres Berufes, wobei eine durchgreifende Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben ausschlaggebend ist. Dauernde Gewähr eines auskömmlichen Lohnes, einer verhältnismäßigen Arbeitszeit, einer angemessenen Gehaltung, Schaffung guter Arbeitsräume und Regelung des Arbeitsnachweises durch Anschluß feststehender zentraler Vereinbarungen mit den Innungen, das ist die Grundforderung, die jetzt mit allem Nachdruck verfochten werden muß, wenn die Kollegenchaft nicht noch weiter der vollständigen Willkür der Meister ausgeliefert bleiben soll. Die Innungen sind bereits am Werk, die sich vorbereitende Einigung der Kollegenchaft zu unterstützen, und sie wollen nicht mit Geldmitteln sparen, um die Berücksichtigung in unsern Reihen weiter zu fördern. Wir sollen, lasst es, was es wolle, in Ühnacht erhaltenbleiben.

Der Kongress fordert deshalb alle Kollegen auf, in ihren Vereinen unverzüglich Hand ans Werk zu legen und dem Beispiel derjenigen Vereine zu folgen, die sich bereits dem Zentralverband der Bäder und Konditoren angeschlossen haben. Nur in engster Gemeinschaft mit der großen deutschen Arbeiterbewegung, die heute von mehr als 8 Millionen Arbeitern und Angestellten aller Berufe getragen wird, werden auch die Konditorgehilfen sich eine bessere und gesicherte Zukunft erkämpfen!

Die Magdeburger Konferenz der Konditoren.

Im 7., 8. und 9. März tagte in Magdeburg die schon oben erwähnte Konferenz einer Anzahl Kollegen, um in der Atmosphäre entchwundener Zeiten die notwendigen Bemühungen zu einem entschiedenen Fortschritt der Konditoren zu erhöhen und neue Berücksichtigung in unsere Reihen zu bringen. Es wurde dort ein neuer Verband gegründet, der nur aus Fachkollegen bestehen soll. Zust zur Zeit, wo die Kollegenchaft nach unserem Zentralverband in großer Zahl angegeschlossen hat, will man diesen Verband gründen, um die Lage der Konditorgehilfen zu verbessern!

Was dieser Verband mit der Zeit für ein Produkt werden soll, war idiom aus den Meisterzeitungen zu sehen. Selbst die „Trierische Zeitung“ verlangt dringend als Beitrag für den neuen Bund: „Mit den Meistern für das Handwerk!“ Es ist darum auch erklärlich, daß Meister eingeladen und erschienen waren. Die Herren Kaltenbach, Meier, Behrens und Aohl nahmen sich dieser Gründung außerordentlich warm an. Gelanden waren alle Geschäftswirke des Deutschen. Von Seiten der Meister und der Innungen stand die Konferenz aber nicht nur verständnisvoller Unterstützung in Wort und Schrift, sondern die Hilfe wurde auch in hohem Maße angeboten. Sie sei jedoch, wie der Vorsitzende der Tagung, Kollege Maher, erklärte, abgelehnt worden.

Geradezu läufig aber war der Erfolg aller Bemühungen. Aus ganz Deutschland waren 10 Orte durch 32 Delegierte vertreten. Kein Wunder, daß sich auf den Gesichtern der Vertreter eine trübe Enttäuschung malte. Ein Kollege, der warm für die Gründung des Verbandes einzutreten, erklärte, er habe mindestens auf 250 Delegierte gehofft.

Die Tagesordnung selbst wurde durch allgemeine Begrüßungsreden von Seiten des Vorsitzenden und der Meister eingeleitet. Natürlich hatten letztere ihr für die Lage der Gehilfen so sehr heißes Herz mitgebracht, begrüßten ihre „jungen Freunde“ und erwärmen sich für einiges Zusammenarbeiten. Es war wohl bedacht, von „jungen Freunden“ zu reden; denn die älteren Kollegen stehen sich nicht nach dieser Kürlichkeit. Sie sind, wie ein Redner ausführte, durch die wütigen Verhältnisse gezwungen, in andere Arbeit zu treten, gezwungen durch die im Verein herrschende Lehrlingszärtlichkeit, die aber auch hier von den Meistern ebenfalls beobachtet wurde, zum mindesten nach allen Regeln beobachtigt wurde. Die Verleistung der eingegangenen Schreiberlöhne mangelte Interesse zu zeigen. Es war und blieb zu erläutern in recht trügerischen und wünschlichen Sonderschulden, sondern Anschluß an den Zentralverband, da mit dann die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbesserter werden könnten. Gleichzeitig verlangt die Wiedereinführung der vollen Sonntagsarbeit. Den Gehilfen der alten Zeit entzückten Kollegen aus einer Hofkonditorei in Göttingen, da die Zeit der Hölle über über eine ganze Weile verliefen. Es blieb die Frage ungelöst, ob damit gemeint war, die Konditorei befindet sich auf dem Dasein. Der Sitz ist in der anderen Gewerkschaft ein und den nun zu gründenden Verband und ist in zwei Fällen zu einem gesetzlichen Vertrag an den Zentralverband auf. Seinen Gewerkschaften war noch so viel Geld gebraucht, um einen Vertreter nach Magdeburg schicken zu können, so wäre er sicher bereiteten gewesen. Mit dem Verleisten dieser Zusage hätte zwar der erste Tagungstag sein Ende gefunden, aber es lag den Meistern daran, nochmals ihre rechte Stimme gegen den Zentralverband zu erheben, und es wurde von höheren Stellen über Politik, Schulbildung und so weiter berücksichtigt, wie man es eben gesehen. „Jungen Freunden“ vormachen zu können. Von Seiten des Verbandes wurde ihnen durch die Kollegen Meier und Aohl die normendige Antwort gegeben.

Auch diese verlangte Aig., daß endlich endlich das Programm für den zu gründenden Verband festgestellt werden, doch war anderer Meinung geblieben werden können. Aber so kann man leins und es wurde auf den zweiten Tag verzögert. Ein Kollege der Konditorei Hofkonditorei war am zweiten Tag eine Abberufung, in dem Herr Kaltenbach mit dem Schreiberlöhnen einigte, bis zum nächsten Tage ein Programm ausarbeiten.

Der zweite Tag der Verhandlungen ging mit einer Zweite Besprechung ein, wobei herausgefunden, daß man mit dem Programm des Herrn Meisters Kaltenbach zusammenstellen müsse. Und über die Verhandler dies hörten zuerst, wurde zum zweitmal vorsichtig erzählt, die Vertreter des Zentralverbandes vor der Verhandlung aus-

zuschießen, trotzdem man ihre Mandate anerkannt und schon zweimal ihre Entfernung abgelehnt hatte. So kam man glücklich gegen 11 Uhr zur Verschluß des Programms, das wir hier folgen lassen:

Der Zweck des Verbandes ist:

1. alle Kollegen zu organisieren;
2. die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen;
3. die Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesherrsche;
4. Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und unvorhergesehenen Notfällen;
5. Unterstützung bei Nachregelungen.

Die Mittel dazu:

1. Verbeißführung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die möglichst tariflich festzulegen sind, unter möglichster Wahrung eines friedlichen Ausgleiches zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern;
2. Benutzung einer einheitlichen partikulären Fachzeitung;
3. belehrende und bildende Vorträge und Versammlungen;

4. Errichtung von Bibliotheken;
5. Errichtung einer einheitlichen Stellenvermittlung;
6. Gewährung von Rechtsschutz;
7. Gewährung von Unterstützung;
8. möglichst Teilnahme an der Gesetzgebung.

Weiter soll der Verband rein beruflich organisiert und konfessionelle und partipolitische Streitfragen vollständig ausgeschlossen sein. Kriegsbeschädigten soll geholfen und das Volontärwesen geregt werden.

Die Vertreter der Vereine wußten selbst nicht recht, was sie damit anfangen sollten. Kollege Schmidt, Hamburg, und Mecke, Magdeburg, brachten in prächtiger Weise die Tendenz des Programms und das für die Kollegenchaft geradezu zeichnerische Beginnen einer neuen von den Meistern mit Frohlocken begrüßten Verbandsgründung zum Ausdruck.

Mit Beginn der Nachmittagsitzung wurde ein Schlußantrag angenommen, dem leider auch die Vertreter des Dresdner Vereins zustimmten; die wichtigsten Punkte der ganzen Konferenz waren in 1½ Stunden erledigt worden! So wenig Beachtung schenkte man der Beratung des „Programms“! Die Abstimmung darüber, ob ein neuer Verband gegründet werden solle, ergab dann folgendes Resultat: Mit 3 stimmen 10 Orte, die 308 Kollegen vertraten, mit Nein stimmen 5 Orte die 351 Kollegen vertraten; Dresden mit 100 Mitgliedern enthielt sich der Stimme.

Damit war also eine Neugründung abgelehnt und die allgemeine Konferenz beendet.

Nunmehr beschlossen die Vereine jedoch, die mit Ja gewählt hatten, dennoch einen Verband ins Leben zu rufen und loszutreten. Als Vertreter zeigten sich nochmals die Meister hinzu. Herr Kaltenbach bot finanzielle Hilfe an und Herr Behrens versprach, wenn die Fürsorge für Kriegsbeschädigte im Statut geregelt werde, dann ebenfalls aus einer Stiftung M. 10 000 zu beantragen und für den Verband bekommen zu können. Gelöbungen scheint der neue Verband bei einer solchen Fürsorge nicht zu kennen. Noch sind noch keine Mitglieder da; denn man hat ja erst den Beitrag zugelegt, aber dafür stellte man den Kollegen Maher sofort mit M. 375 pro Monat an. Nehmen also die Vereine die Dauben aufzumachen, und ohne finanzielle Mithilfe der Innungen wird es ja nicht gehen. Straubt man sich gegen die Annahme von Geld von dieser Seite auch heute noch, so wird man morgen schon daraus warten!

Nun haben die deutschen Konditoren also wieder einmal einen neuen Verband. Sie stand die Unkenntnis auf der einen Seite und auf der anderen die Mithilfe der Meister. Auch die Berliner Zeitung der selbständigen Konditoren bot ihre Hilfe an, da, wie sie jahrb. der neue Verband und sie, als Meisterzeitung, die gleichen Tendenzen zu verschaffen hätten! Die Münchner Meisterzeitung tat das gleiche und idem wie bei der Gelegenheit auf den Zentralverband, bez. die partikulären Arbeitsnachweise für den Beruf einführen wollte. Recht hatten jedenfalls die Magdeburger Kollegen, die die privatum erklärten, die ganze Gründung habe nur den Zweck, daß der neue Verband dazu bemüht werden soll, um mit den Innungen recht billige Tarife abzuschließen. Die Amtsr. der Meister vor dem Zentralverband, der, wie die verschiedenen Tarifabschlüsse beweisen, das erklärt, was den Gehilfen zum Leben unbedingt notwendig ist, und der die Frage der Lehrlingsentlohnung, die Arbeitsnachfrage usw. im Interesse der Gehilfen regelt, die in es die zu dieser Neugründung den Boden bereite. Aus dieser Angst heraus haben die Innungen und Meister dem neuen Verband ihr Geld geradezu in den Hals weisen wollen. Gern geben sie hier Leistung von Platz her, nur in der Hoffnung, dann durch Tarife nicht gezwungen zu werden, den Gehilfen einen anständigen Lohn zu zahlen. Die Herren wollen alle mithelfen durch Rat und Tat, nur um keine getrennten Verhältnisse, wie sie so dringend notwendig sind, im Lehrlingswesen einzuführen. Die Gehilfen haben sich durch die Gründung nicht weiter als eine gelbe Organisation gezeichnet, die vor dem Gesetz einschließlich steht. Es ist eine Vereinigung ohne Macht und Recht, ein Verband von Meisters Gnaden, zum Vorteil der Meister, zum Schaden der Gehilfen.

Ausdruck der Stettiner Konditorgehilfen an den Verband.

Auch die Konditorgehilfen Stettins sind zu der Übereinkunft gekommen, daß nur eine starke, geschlossene Gewerkschaft ihre Interessen städtisch vertreten kann. In einer von fast allen am Ende eröffneten Gehilfenversammlung wurde einstimmig beschlossen, in den Zentralverband der Bäder und Konditoren überzutreten. Von den Stelligen Wille und Gerth wurden die Kollegen darauf hingewiesen, daß die früheren Gehilfenvereine nicht in der Lage waren, leistungsfähig einzutreten, um die wütigen Verhältnisse in unserm Berufe zu beseitigen. Die Kollegen erkannten, daß besondere Beziehungen der Städte zu zugliedern zu waren. Dieser Wille ist zum Bestimmungsergebnis geworden. Es wurden gleichzeitig die Kollegen zum Sach-

schuß gewählt, und sie hatten nun dort schon Gelegenheit, zum Wohle der Kollegen, als auch im Interesse des ganzen Handwerks zu wirken. Betreffe der Lehrlinge wurde auf das energetische Eingreifen der Kollegen der Beschuß gefaßt, bis zum 1. Juli keine Lehrlinge neu einzustellen. Auch haben die Kollegen an die Konditorgehilfen einen Tarifvertrag eingereicht. Noch ist bis jetzt noch keine Antwort von den Herren eingelaufen. Aber die Meister treten sich ganz gewaltig, wenn sie meinen, die Forderungen der Gehilfen ignorieren zu können. Die Herren sind nun ein für allemal vorüber, wo die Herren Prinzipale allein zu bestimmen halten, und wir werden sie wohl dazu zwingen, die äußerst minimale gehalteten Forderungen zu bewilligen. Kollegen, halte treu zur Fahne, und sorgt, daß die uns noch fernstehenden Kollegen sich unserm Verband anschließen, dann werden solche Verhältnisse, wie sie früher in unserm Berufe herrschten, nicht wieder vorkommen. Die regelmäßige Zusammenkunft der Konditorgehilfen Stettins findet jeden Dienstag, abends 8 Uhr, in der Mandower Molkerei, Falckenwalderstraße, statt.

Der Zentralausschuß der Arbeitsgemeinschaft der Schokoladen- und Butterwarenindustrie

hat am 4. April in Berlin seine erste Sitzung ab. Wir werden in gleicher Weise, wie es in Bezug auf die Sitzungen des Tarifamtes des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine geschieht, nichts aus der Niederschrift aller Verhandlungen die wichtigsten Beschlüsse veröffentlichen.

Die Zusammensetzung des Zentralausschusses ist folgende: Arbeitgeber: Carl Greiert (Sindicus des Arbeitgeberbundes), C. Holzamer (Dresden), Max Röber (Leipzig), Gustav Raabe (Berlin), Max Hoffmann (Berlin); Arbeitnehmer: Josef Diermeier, Alfred Fitz, Felix Weidler, Karl Heßhold, Richard Fitz. Als Gast wohnte der ersten Sitzung Herr Schenker vom Arbeitgeberbund Berlin bei.

Über die Verhandlungen sagt die Niederschrift:

Punkt 1: Aufstellung eines Geschäftsbürods. Es wird beschlossen, den Vorsitz und die Schriftführung in jeder Sitzung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite wechseln zu lassen, damit entweder der Vorsitz von Arbeitgeberseite und die Niederschrift von Arbeitnehmerseite geführt wird oder umgekehrt.

Zu Vorsitzenden werden gewählt: von Arbeitgeberseite Herr Sindicus Greiert, von Arbeitnehmerseite Herr Diermeier; zu Schriftführern: von Arbeitgeberseite Herr Holzamer, von Arbeitnehmerseite Herr Rich. Fitz.

Bei den heutigen Verhandlungen führt den Vorsitz Herr Greiert.

Es wird beschlossen, allen Schriftwechsel über Fragen grundsätzlicher Bedeutung von den Bezirksgruppen (Bezirksstellen des Zentralverbandes) beziehungsweise Bezirksverbänden an die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft beim Deutschen Arbeitgeberbund der Schokoladen- und Butterwarenindustrie leiten zu lassen. Diese hat den beiden Vorsitzenden abschließlich Kenntnis zu geben.

Ist ein Mitglied des Zentralausschusses, so schiedet es bei der Behandlung von Streitfragen, die diesen Bezirk betreffen, aus und nimmt nur mit beratender Stimme an der Beratung dieser Fälle teil.

Punkt 2: Festsetzung von Ortszuschlägen. Es besteht Einigkeit darüber, daß Ortszuschläge gemäß Punkt 2 des Tarifvertrages nur dann festgesetzt werden können, wenn die betreffenden Bezirke dem Bund angegeschlossen sind. Zu den diesbezüglichen Verhandlungen sollen fünfzig je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den Orten angezogen werden, für welche der Ortszuschlag festgesetzt werden soll. Die Festsetzung eines Ortszuschlags für den neu angegeschlossenen Bezirk Magdeburg wird aus diesem Grunde vertagt.

Es wird bei diesem Punkt die Frage mit behandelt, ob der in Artikel 1 b des Tarifvertrages für Mindestzulagen festgelegte Ersttag — 7. Dezember 1918 — auch gelten soll, wenn vorher zurückweichend bis zum Waffenstillstandabschluß größere Löhnerhöhungen erfolgt sind. Es soll grundsätzlich an der Bestimmung des Vertrages festgehalten werden. Besondere Ausnahmefälle bleiben der Entscheidung der Bezirksausschüsse überlassen.

Bon den Firmen, welche sich bis zum 20. April dem Tarifvertrag anschließen, sind die vereinbarten Löhne rückwirkend bis zum 1. März 1919 zu zahlen. Bezuglich aller andern Firmen behält sich der Zentralverband weitergehende Forderungen bezüglich Rückwirkung der Lohnforderungen vor. Eine entsprechende Mitteilung wird vom Bund allen nicht angeschlossenen Firmen zugehen. Die Mitglieder des Zentralverbandes sagen zu, daß sie hinsichtlich des Bezirksverbandes Bayern keine verschärfenden Maßnahmen bis zum 20. April 1919 treffen werden.

Punkt 3: Beteiligung christlicher Gewerkschaften an der Arbeitsgemeinschaft. Es erfolgt eine längere Aussprache. Seitens der Arbeitnehmer wird erklärt, daß aus prinzipiellen Gründen die christlichen Gewerkschaften nicht als Kontrahenten des abgeschlossenen Tarifvertrages anerkannt werden. Von Seiten der Arbeitgeber wird betont, daß grundsätzlich vorbehalten werden muss, mit andern Gewerkschaften unserer Industrie als dem Zentralverband Tarifverträge abzuschließen.

Punkt 4: Die Frage der Bezahlung des Frühjahrs-Bushages in Sachsen wird dem Bezirksausschuß Dresden zur Regelung überwiesen.

Punkt 5: Kriegsteilnehmern, welche nach Ausbruch des Krieges bei einer Firma eingerissen sind und dann erst zum Heeresdienst einberufen wurden, ist die Zeit ihrer Kriegsteilnahme als Bezahlungszzeit für die Ferien anzusehen.

Punkt 6: Die Sitzungsabnahme zum Verhalten der Zweigstelle Magdeburg des Zentralverbandes laut Weiterschluß vom 25. und 27. März 1919 mit Hamburg erledigt sich durch die heutigen Beschlüsse, betreffend Sitzungsabnahme des Bundes zu den nichtorganisierten Firmen.

Punkt 7: Es wird beschlossen, den Zweigverbänden mitzuteilen, daß Beziehungen des Bezirksausschusses, die eilig sind, aber mit den Richtlinien des Vertrages nicht übereinstimmen, mit vorbehaltlich der Zustimmung des Zentralausschusses gezeigt werden dürfen.

Protokollabschriften der Beiztkausschüsse sind der Arbeitsgemeinschaft einzusenden und von dieser allen Mitgliedern des Zentralausschusses zu übermitteln.

Streitfragen, betreffend Entschädigung Minderleistungsfähiger, solweit sie nicht Kriegsbeschädigte sind, werden den Beiztkausschüssen zur Regelung überwiesen.

Punkt 8: Bezahlung von Nacharbeit. Diese Frage ist durch den Gründatrat geregelt; bei Schichtwechsel ist Nacharbeit wie Tagesarbeit zu bezahlen.

Eine wichtige Auslegung über den Vorsitz im den Fachausschüssen.

Die Vorgänge in leider sehr vielen Fachausschüssen, wo von den Kommunalbehörden Ehrenmitglieder, Angestellte der Arbeitgeberorganisation oder Ehrenmitglieder dieser Vereinigungen als "unparteiische Vorsitzende" für die Fachausschüsse eingesetzt wurden, veranlaßten uns, in dieser Frage Aufführung beim Reichsarbeitsministerium herbeizuführen.

Hierauf haben wir nachstehende Antwort erhalten:

Reichsarbeitsministerium.

I 2731 Berlin NW 6, den 29. März 1919.

Luisenstr. 22/84.

Der § 2 der Verordnung vom 2. Dezember 1918 ist dahin zu verstehen, daß die Fachausschüsse für je einen Bezirk und gemeinsam für das Bäcker- und Konditorei-gewerbe zu errichten sind. — Die Bestimmung des § 3 Absatz 2 Satz 1 wird sinngemäß so auszulegen sein, daß Personen, die Mitglieder von Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerverbänden des Bäcker- und Konditoreigewerbes oder von solchen angestellt oder wirtschaftlich abhängig sind, nicht Vorsitzende des Fachausschusses werden dürfen. Ob gleiches auch von Ehrenmitgliedern solcher Verbände zu gelten hat, wird je nach Lage des einzelnen Falles verschieden und danach zu beurteilen sein, ob durch die Ehrenmitgliedschaft ein engeres Band zwischen dem Ehrenmitglied und dem Verband hergestellt ist. Gar zu sehr wird man den Kreis der Personen, aus denen der Vorsitzende zu entnehmen ist, nicht einengen dürfen, wenn man dem Erfordernis der "Sachkunde" genügen will. In Vertretung: gez. Gaspar.

Un den Centralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands in Hamburg.

Es unterliegt nun keinem Zweifel mehr, daß die Mitglieder von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen Vorsitzende der Fachausschüsse nicht werden dürfen. Desgleichen scheiden solche Personen aus, die von diesen Organisationen angestellt oder davon wirtschaftlich abhängig sind. Die Frage, ob auch Ehrenmitglieder den Vorsitz in den Fachausschüssen übernehmen können, wurde leider offen gelassen. Da jedoch die Ehrenmitgliedschaft "ein engeres Band zwischen dem Ehrenmitglied und der Arbeitgeberorganisation herstellt" (in den Gewerkschaften gibt es keine "Ehrenmitglieder"), so wird die Entscheidung nicht allzu schwer sein. Sie kann nur in dem Sinne gelöst werden, daß auch die Ehrenmitglieder der Arbeitgeberorganisationen nicht Vorsitzende der Fachausschüsse sein dürfen, weil sie auf Grund ihrer engen Beziehungen mit den Arbeitgeberorganisationen nicht als unparteiische Vorsitzende in diesen wichtigen Körperschaften in Frage kommen können.

Wir ersuchen unsere Vertreter in den Fachausschüssen, überall dort, wo noch nicht nach der Auslegung des Reichsarbeitsministeriums gehandelt wurde und Mitglieder, Ehrenmitglieder oder Angestellte und wirtschaftlich abhängige Personen der Bäcker- und Konditoreninstitutungen den Vorsitz führen sollten, sofort zu veranlassen, daß dieser Auslegung Rechnung getragen wird. Sollten sich die Kommunalbehörden weigern, so muß unverzüglich der Beschwerdewege beschritten werden!

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 1. und 2. April 1919 tagte in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände, die sich mit einer Reihe wichtiger gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Fragen zu beschäftigen hatte.

Der schriftlich vorliegende Bericht der Generalkommission für das Jahr 1918 wurde durch Legge in mehreren Punkten ergänzt. Er behandelte die Wirklichkeit der Generalkommission für die Sozialpolitik und Demokratisierung des preußischen Wahlrechts, für die gesetzliche Regelung des kollektiven Arbeitsvertrages, für das Arbeitskammergesetz und für die Demobilisierung, sowie besonders die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag. Dem Bericht sind ferner die Berichte der Kasse des "Correspondenzblattes", des Arbeiterinnensekretariats, des Centralarbeitersekretariats und der Sozialpolitischen Abteilung beigegeben.

Es wurde erörtert die finanzielle Lage der Generalkommission und die wachsenden Ausgaben derselben, die auch bei den günstigen Ausfällen der allgemeinen Gewerkschaftsentwicklung wahrscheinlich zu einer Neuregelung der Finanzen der Generalkommission führen werden. Es gesprächte mit warmen Worten der verstorbenen Genossin W. Thiede, der langjährigen Revisorin der Generalkommission. In der Debatte gab Leparc recht trautliche Einblicke in den praktischen Auf- und Ausbau der Arbeitsgemeinschaften. Er regte ferner geeignete Schritte hinsichtlich der fortgelebten Erhöhung der Papierpreise an, um die der Tageessprese zugewandte Reichsunterstützung auch der Gewerkschaftssprese zuzuwenden.

In der durch Schiedsspruch entschiedenen Differenz zwischen den Verbänden der Bäcker und Fabrikarbeiter erkannte die Vorstandskonferenz den Schiedsspruch als zu Nachteil an und erachtete die vom Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes an dem Schiedsspruch geäußerte Kritik nicht als einen Einspruch im Sinne des Gewerkschaftsregulatib.

Angesichts der wiederholten politischen Messenstreiks wiederholte die Konferenz den Besluß der Vorstandskonferenz vom 1. Februar 1918, wonach bei politischen Aus-

ständen Gewerkschaftsunterstützung in keiner Form gezahlt werden soll.

Hinsichtlich der Gewerkschaftsangestellten, die ein parlamentarisches Mandat ausüben, war die Konferenz der Meinung, daß die Gewerkschaften berechtigt sind, Gehaltsabzüge vorzunehmen, sofern für diese Angestellten Hilfskräfte eingestellt werden müssen.

Die Stellungnahme zu den Beamtenorganisationen war für die Konferenz geboten infolge der sich häufenden Anforderungen auf Gründung neuer Beamten-gewerkschaften. Auf die Anfrage der Generalkommission erklärten sich die Leitungen der Beamtenorganisationen, die sich zu einem deutschen Beamtenbund zusammengeschlossen haben, bereit, diesen Bund und ihre Organisationen auf den Boden gewerkschaftlicher Grundätze zu stellen. Das soll geschehen durch die Aufnahme von Sakugen, in denen zur Errichtung ihrer wirtschaftlichen Zwecke von allen gesetzlichen Mitteln Gebrauch gemacht werden soll und organisatorische Einrichtungen zur Unterstützung der Mitglieder in voraussehbaren Streitfällen getroffen werden sollen. Ferner soll auch die Solidarität mit der übrigen Arbeitnehmerenschaft bestont werden. Die Konferenz erklärt, daß, sobald die wirtschaftlichen Beamtenorganisationen sich im Sinne der dargelegten Grundätze auf gewerkschaftlichen Boden stellen, die Gewerkschaften keine Ursache haben, diese gewerkschaftliche Entwicklung in Kreisen der Beamtenchaft durch gewerkschaftliche Neugründungen zu fören.

Die für das Jahr 1920 geplante allgemeine Statistik der Arbeitszeit und Löhne wird um ein Jahr hinausgeschoben. Dagegen soll neben der Statistik der Lohnbewegungen und Streiks eine Feststellung der seit dem November 1918 erreichten Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen vorgenommen werden.

Sodann stimmte die Konferenz dem Anschluß des Bäckerbundes, Sitz Braunschweig (7500 Mitglieder), und des Centralverbandes der Schornsteinfegergesellen, Sitz Berlin (1200 Mitglieder), an die Generalkommission zu, während der Anschluß des Bundes der Stallschweizer abgelehnt wurde. Den Anschluß des Centralverbandes der Film- und Kinoangestellten wurde grundsätzlich unter einigen Vorauflösungen zugestimmt.

Zur Feier des 1. Mai soll die Generalkommission einen Aufruf erlassen.

Die Kosten der Arbeitsgemeinschaft sollen von den beiderseitigen Centralstellen getragen werden.

Der Wunsch nach Kommunalisierung der Arbeiterräte soll auf einer gelegentlich des Gewerkschaftsgresses zu beruhenden Konferenz der Arbeiterräte erörtert und dann dem Kongress entsprechende Vorschläge gemacht werden. Der Antrag eines Beamten für die Agitationskommission für Rheinland-Westfalen auf Kosten der Generalkommission wurde zugestimmt.

Die am der Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Deutschlands beteiligten Arbeitnehmerverbände haben sich auf die Aufstellung von Grundzügen über die Zusammensetzung, Leitung, Zweck und Mittel der Vereinigungen, die als Arbeitnehmergewerkschaften gelten, geeinigt. Diese Grundzüge wurden von der Konferenz in folgendem Wortlaut angenommen: „Als Gewerkschaften können nur solche Arbeitnehmerorganisationen gelten, die in ihren Satzungen oder in ihrem Handeln die folgenden Regeln über Zusammensetzung, Leitung, Zweck und Mittel anerkennen:

Basismaßnahmen.

Eine Arbeitnehmergewerkschaft beziehungsweise deren Sparten oder Sektionen soll bestehen aus den Arbeitnehmern des betreffenden oder verwandten Berufes, die ohne Unterschied des Geschlechts, Glaubensbekenntnisses und der Partei aufgenommen werden müssen. Arbeitgeber oder deren Vertreter dürfen dieser Arbeitnehmergewerkschaft nicht angehören. Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn es sich um bisherige Mitglieder des betreffenden Gewerkschaft handelt, die inzwischen Arbeitgeber oder Arbeitgebervertreter geworden sind und ihre Mitgliedschaft in der Arbeitnehmergewerkschaft nicht aufzugeben wollen.

Diesen außerordentlichen Mitgliedern darf weder Sitz noch Stimme in den leitenden, örtlichen, bezirklichen oder zentralen Instanzen der Arbeitnehmergewerkschaft zugeschlagen werden. An Abstimmungen innerhalb der Ortsgruppe, die sie angehören, dürfen sie nicht teilnehmen. Arbeitgeber, die als solche aufgenommen wurden, müssen entfernt werden. Die Gewerkschaft muß den Grund der Gemeinsamkeit der Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Unternehmertum und die daraus folgende Solidarität aller Arbeitnehmer anerkennen sowie diese Grundzüge auch sozialpolitisch betätigen.

Leitung.

Die Leitung der Arbeitnehmergewerkschaft liegt sowohl in der Hauptgeschäftsstelle als auch in den Bezirks- und örtlichen Organisationen in den Händen von Arbeitnehmern. Diese Leitungen werden von den Arbeitnehmern nach dem demokratischen Wahlverfahren gewählt.

Zweckabschluß.

Der Zweck einer Arbeitnehmergewerkschaft ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Hebung der wirtschaftlichen, sozialen und technischen Lage der Arbeitnehmer des betreffenden Berufes.

Mittel zum Zweck.

Zur Erreichung des Zwecks der Arbeitnehmergewerkschaft kommen in Betracht:

- Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder ihren Organisationen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und den Abschluß von kollektiven Lohn- und Arbeitsverträgen;
- die Arbeitsniederlegung (der Streik), wenn die Verhandlungen zu keinem annehmbaren Ergebnis führen (den Mitgliedern ist Streikunterstützung zu gewähren). Die Unterstützung, die auch im Falle einer Aussperrung oder Maßregelung den Mitgliedern zu zahlen ist, muß in den Satzungen der Arbeitnehmergewerkschaft festgelegt werden;
- die geistige und fachliche Ausbildung der Mitglieder;
- Rechtschutz und Unterstützungsseinrichtungen;
- Sicherung der Arbeitnehmerrechte durch die Gesetzgebung.

Die finanziellen Mittel zur Durchführung des Zwecks der Arbeitnehmergewerkschaft sind durch Beiträge der Mitglieder aufzufinden.

Die Arbeitnehmergewerkschaft darf keine Zuwendung materieller Art von Unternehmen oder Unternehmensorganisationen annehmen.

Diese Grundzüge gelten sinngemäß auch für die Arbeitnehmerorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeitern staatlicher und kommunaler Betriebe.

Die Konferenz gab diesen von ihr abgeänderten Grundzügen ihre Zustimmung.

Sodann wurde die Aufstellung eines weiteren Beamten für die laufenden Geschäfte der Generalkommission beschlossen. Den leitenden Beamten und Angestellten der Generalkommission wurde eine Leuerungszulage von M. 150, den Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen von M. 100 monatlich ab 1. Januar d. J. gewährt. Auch die Diäten der Generalkommission erfuhr eine den Leuerungsbeträgen entsprechende Aufbesserung. Dem Ressorter der Generalkommission wurde Decharge erteilt.

Den zweiten Teil des Berichts der Generalkommission bildete ein Referat L. E. über Verhandlungen mit der Regierung und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die geplante Aufrechterhaltung der Arbeiterräte und ihre Einführung in die Gesetzgebung zum Gegenstand hatten. Danach sollen die Arbeiterräte als wirtschaftliche Interessenvertretungen anerkannt und in der Verfassung verankert werden. Es sollen Betriebs-, Arbeiterräte und Angestelltenräte zur Mitwirkung bei der Regierung der Arbeitnehmerverhältnisse geschaffen werden, weiter Betriebsräte und ein Centralrat zur Mitwirkung bei der Sozialisierung. Der Redner bezeichnete diese Lösung als eine Entwicklung der Arbeiter, die von den Nächten politische Aufgaben erwarten, und als nachteilig für das Wirken der Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaften. Da auch in der Generalkommission in dieser Frage eine einheitliche Auffassung nicht besteht, so gab der Redner anheim, aus der Konferenz eine einheitlich zusammengesetzte Kommission zu wählen, die der Reichsregierung gegenüber den Standpunkt der Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen habe. Im Verlauf der Debatte, in der sowohl Redner für als auch solche gegen das Nächste System zum Wort kamen, machte Giebel den Vorschlag, eine Studienkommission einzusetzen, die die organisatorischen Wirkungen des Nächste-Systems prüfen und geeignete Vorschläge machen sollte. Leipart war der Meinung, daß die Prüfung dieser Frage ohnehin zu den Aufgaben der von der vorigen Vorstandskonferenz eingesetzten Verfassungskommission gehöre.

In den weiteren Erörterungen riet ein Redner, den lokalen Arbeiterräten neben ihren weitergehenden Aufgaben zugleich die der Gewerkschaftsstelle zu übertragen, während Janßen sich eingehend über den Charakter und die Wichtigkeit der Arbeiterräte in Rußland verbreitete und nachwies, daß diese nichts anderes als Organe der Diktatur des Proletariats sein wollen und sein können. Wir haben zu wählen zwischen Parlamentarismus und Nächste-System, zwischen Demokratie und Diktatur. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, der Verfassungskommission die Beratung der Rätefrage zu übertragen, die für die nächste Vorstandskonferenz geeignete Vorschläge machen soll. Ueber eine Resolution des Vertreters der Kürschner, R. T. g. g. e., die gegen die Verhängung des Belagerungszustandes im Ruhrgebiet und Stuttgart sowie gegen die Einschränkung des heiligen Rechts der Revolution protestiert, ging die Konferenz zur Abstimmung über.

Nach einigen Mitteilungen Legiens über die internationale Konferenz der Gewerkschaften wurde die Konferenz geschlossen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

An Stelle des Kollegen Georg Meister, der einen andern Posten in der Arbeiterbewegung angenommen hat, wird zum 1. Mai ein Bezirksleiter für den Bezirk Essen gesucht.

Nur solche Kollegen wollen sich melden, die mindestens 3 Jahre dem Verbande angehören und bisher schon Vertrauensposten (Vorstandsmagier, Bezirkssekretär usw.) in einer Zählstelle bekleidet haben und die Fähigkeiten nachweisen, die Geschäfte eines Bezirksleiters selbständig zu führen. Die Bewerbungen sind möglichst sofort an untenstehende Adresse zu richten.

Trotz wiederholter Aufforderung haben bis zum 12. dieses Monats folgende Zählstellen noch keine Statistikkarte eingesandt: Gronberg, Greifswald, Brandenburg, Hirschberg, Ratibor, Halberstadt, Celle, Hildesheim, Dortmund, Crefeld, Duisburg, Hagen, Bielefeld, Hanau, Bad Reichenhall, Traunstein, Bayreuth, Ilmenau, Leisnig-Döbeln und Freiburg.

Der Verbandsvorstand.

J. L. Josef Diermeier, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 23. März bis 12. April gingen bei der Hauptstelle des Verbandes folgende Belege ein:

Für März: Limbach M. 67,90, Chemnitz 1676,85, Remscheid 181,85, Waldenburg 80,05, Königsberg 1622,65, Gütersloh 189,65, Bernburg 136,45, Paderborn 157,75, Hof a. d. S. 346,45, Lüneburg 173,85, Augsburg 418,60, Landsberg a. d. R. 42,50, Halle a. d. S. 2269,55, München 6024,55, Straubing 198,45, Lüdenscheid 66,40, Eisenach 118,70, Homberg n. d. H. 915,25, Spremberg 75,10, Landsberg 909,25, Martredwitz 41,80, Greifswald 54,20, Bremerhaven 250,95, Sagan-Sorau 189,90, Coburg 55,60, Nürnberg 5350,15, Bielefeld 114,35, Uetersen-Glimshorn 98,90, Leipzig 4123,15, Zittau 108,15, Thorn 360,75, Überach 56,65, Memel 200,80, Danzig 1086,25, Weißwasser 40,45, Münster 348,25, Regensburg 477,40, Dresden 6118,75, Hadersleben 90,45, Schwerin 328, Lübeck 680,30, Nienburg 273,30, Böhmen

625,90, Bromberg 276,95, Brix 627,90, Detmold 149,95, Darmstadt 191,93, Berlin 23,672,80, Bochum 275,80, Bremen 2694,65, Würzburg 383,10, Minden 190,65, Dissen 149,30, Stendal 81,20, Cöllingen 62,10, Herford 1016,90, Stiegenau 129,50, Gera 351,55, Hamburg 12,435,75.

Für Februar und März: Hamburg M. 305,75.
Von eingelädteten der Hauptstelle: W. B. Gräf von M. 75,60, U. B. Friedenshütte 6, R. C. Ulrich u. H. 550,60, R. Greipel 5,20, J. O. Altenböge 5,15, R. M. Meichenholz 16, R. N. Osterrieder a. Hitz 3, E. Sch. Borsig 2,10, G. S. Orlensburg 8, B. B. Berlinchen 6, F. S. Bleibtreu 5, H. C. Debe 19,40, O. H. Norden 8,50, G. R. Wenkenheim 11, R. N. Gondelsheim 15,90.

Für Abonnements und Annonaßen: Dortmund M. 5,60, B. Eljen 4, Jungfernstraße Neukölln 32, Remscheid 3,60, S. G. Berlin 42,60, T. L. Bremen 9, B. G. Berlin 3, B. G. Geschichte der Bäder- und Konditorenverbandung: Leipzig M. 6, Bremen 12.

Der Hauptkassierer. O. Freytag.

Sterbetafel.

Berlin. Hans Heyne, Lehrling, 18 Jahre alt, am 18. März.

Franz Wisnewski, Bäcker, 22 Jahre alt, am 7. April.

Düsseldorf. Franz Skof, Backmeister, 53 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!

Schuhbewegung und Streik.

Fabrikbranche.

Schuhbewegung in der Würzburger Gewerkschaftsjahrszeit S. Steeb. Nachdem sich die Arbeiterräte dieser Fabrik und jünders unserer Organisation angehörenden haben, ist von Seiten der Zentralleitung sofort ein Tarif eingetragen worden. Ein entgegenkommendes Verhalten des Unternehmers, wie es jetzt zu finden ist, kann durch Aussprache sofort eine Einigung zustande, und es werden sämtliche Forderungen befriedigt. Herr Steeb sieht jedenfalls ein, daß wenn die freie Gewerkschaft auch der Zeit entsprechende Forderungen stellt, sie deswegen noch lange nicht den Rücken der Arbeitnehmer will. Was kommt durch Gewerbegegner und Schließungsanschluß erzwungen werden mußte, ist hier auf jedem Wege gegeben und wird den übrigen Unternehmen zur Nachahmung ermuntern. Den Arbeitern der Firma Steeb rufen wir die Erziehung zu neuen Anhängern der Organisation an, damit ihre Errungenheiten auch aufrechterhalten und fortentwickelt werden können. Die Bewegung ist eigentlich ein Zeichen, daß unsere Berufskolleginnen und in Würzburg dauernd aufgewacht sind, um ihr Lohn- und Arbeitsverhältnis zu verbessern.

Kriegsbericht.

Generalversammlungen.

Berlin. Am 2. März 1919 trat die Generalversammlung. Geschobold gab den Berichtsbericht, der sich auf die letzten fünf Jahre erstreckte. Anhörenbedürftig immer habe die Kriegszeit auf der Organisation gelitten, doch den freiheitlichen Geist vermochte sie nicht zu brechen. Das beweise unser Kriegsberichtstag, wo für besseren Ausbau der Organisation gesorgt wurde. Ferner sei hinzugefügt, daß die Gewerkschaften im Bädergewerbe, in der Marzipanindustrie und in der Stoßholzbranche. Der bis jetzt erreichte Arbeitsnachweis wird zentralisiert und in kurze alle Branchen umfassen. Die Fachaussteiger haben außerordentlich gemerkt. Besonders hinzumerken sei auf die Rechtsveränderung. Im übrigen verweise er auf die Fachräte, welche den Kollegen im Berichtsbureau zur Verfügung stehen, und den Gewerkschaftsbericht, welcher gedruckt verliege. Kollege Barth erhielt den Befehlserlass. Die Gewerkschaftsberichte belaufen sich auf M. 79,629,92, die Gewerkschaftsausgabe auf M. 63,612,18, verbleibt ein Betrag um die 1000 M. 50,72. Die insgesamt auf Kosten der Hauptstelle ausgeschätzte Versorgung beträgt M. 16,388,45. Die Mitarbeiterzahl, welche im Laufe des Krieges um 742 gestiegen ist, habe am Ende des Gewerkschaftsjahrs 63,6% erreicht und ist weiter im Steigen begriffen. Bei einem gewissen Rahmen kann man jetzt zurückfallen auf die schwere Zeit, die hinter uns liegt. Wir freuen uns sehr darüber, daß weitere Errungenheiten die vor an der Kriegszeit gefordert haben, nachzuholen sind. Das Erreichte zu jungen und auszubauen, sei jetzt unsere Aufgabe. — In der Dienstzeit wurde von Kollege Siegel gegen die Politik der Gewerkschaftsbericht während des Krieges, sowie gegen die angehörenden Arbeiterschaften der Gewerkschaften und den Gewerkschaftsberatern. Es gab keine Harmonie zwischen Partei und Partei. Ein sozialer Berichtstag ist eingerichtet, um weitere Arbeit der Partei zu machen und für die Arbeit der Organisation zu sorgen. Kollege Müller rechnete mit in dieser Beziehung. Diese gegen die Machthaber der Gewerkschaften und den Gewerkschaftsberatern. Eine von über sechzig Kolleginnen ließen sich an der Kriegszeitgruppe aus. Weitere Erinnerungen werden ebenfalls nochmal hier dagegen, die Kriegszeitgruppen, wie sie in der sozialen Arbeitserbeit Platz gefunden haben, in die Gewerkschaften zu übertragen. Der Bericht der Kriegszeit auf Erstellung des Berichts wurde eingestimmt.

Am 30. März, trat die Fortsetzung der Generalversammlung hin. Der große Saal des Sozialen Konvents war fast überfüllt. Die Berichterstatter der Berichtszeitgruppen waren Herm. Wilhelm aus: Durch die anstrengende Belastung der Gewerkschaftsberatungen und dem als Erstes jetzt zur Gewerkschaft bei den Arbeitern und in Wirtschaftsberatern. Um diesen zu helfen, war die Berichtszeitgruppe der einzigen Anstrengung, den Berichtszeitgruppen einen harten Aufschwung zu geben. Um einer Forderung in der Kollegenschaft zu entsprechen,

sieben alle drei Richtungen möglichst partizipativ heranzuziehen. Bedeutenderweise haben die Kollegen der kommunistischen Richtung sich der Mitarbeit entschieden. Nach vieler Mühe sei folgendes Ergebnis erreicht: 15 Kollegen der U. S. P. und 7 Kollegen der S. P. D. seien bereit, die Wahl anzunehmen. I. Vorsitzender Schumann (U. S. P.), II. Vorsitzender Witsch (S. P. D.), I. Schriftführer A. Mechols (U. S. P.), II. Schriftführer Böni (U. S. P.), Schleifer: der Bäcker E. Haase (S. P. D.), Fahrifbranche: Höhler (S. P. D.), Marzipanindustrie: R. Barth (U. S. P.), Konditoren: B. Haase (U. S. P.), Vertreterin der weiblichen Mitglieder Fräulein Hed. Witte (U. S. P.), Vertreter der Jugendlichen Großjoh (U. S. P.), Ms. Beifitzer: Stieg (S. P. D.), Rothe (S. P. D.), Liefländer (U. S. P.), Revisorin, die als Kontrollkörper nur beratende Stimme erhalten: Gabriele (U. S. P.), Otto (U. S. P.), Schäfer (U. S. P.), Walter (U. S. P.), E. Ulrich (S. P. D.), Bevölkerungsdemokrat: Liepmann (U. S. P.), Lemb (U. S. P.), A. Wagner (U. S. P.), Gaedicke (S. P. D.), H. Wilhelm (U. S. P.), R. Schumann als Sekretär ohne Stimmrecht.

In der Diskussion meinte Kollege Riegel, es komme weniger darauf an, zu welcher Richtung sich die vorgebrachten Kollegen befehlten, vielmehr müsse man diesen die Frage vorlegen, ob sie auf dem Boden der Generalversammlung stehen oder nicht. Kollege Röhte begründete seine Resolution, welche forderte, nur solche Kollegen in den Vorstand zu wählen, die der U. S. P. und der S. P. angehören. Nach ihm begründete Liefländer folgende Resolution: „Die Generalversammlung des Bäder- und Konditorenverbandes, Mitgliedschaft Berlin, beschließt, an den Hauptvorstand den Antrag zu stellen, der Generalversammlung der Gewerkschaften so lange die Beiträge zu sperren, bis sie durch andere Personen besetzt ist, die das Vertrauen der Gewerkschaftsangehörigen haben und sich im Sinne der Arbeiterrevolution befindigen. Politische und Sozial halten es für richtiger, bei den Wahlen nach dem Gesichtspunkt leiten zu lassen, in der zu Wählende fähig, die Interessen der Kolleginnen zu vertreten oder nicht. Gerade das wirtschaftliche Gebiet ist jetzt noch die Basis, wo alle drei Richtungen zusammen arbeiten können. Nach ausgiebiger stürmischer Debatte wurde beschlossen, die Vorstandsspitze en bloc zu wählen. Die Liste wurde angenommen. Ferner wurden angenommen der Antrag Liefländer und der des Kollegen Riegel mit folgendem Wortlaut: „Die Generalversammlung des Verbandes der Bäder und Konditoren, Zahlstelle Berlin, richtet an sämtliche Kollegen Deutschlands das Einladen den Hauptvorstand des Verbandes zu veranlassen, einer außerordentlichen Generalversammlung einzuberufen, um zu allen Fragen, insbesondere Arbeitgemeinschaft und Gewerkschaftstag, die im Vordergrunde des Interesses der Kollegen stehen, Stellung zu nehmen und Beurteilung zu fassen, die dem Hauptvorstand die weiterhin einzutreffenden Wege weisen.“ Die Generalversammlung wählte 6 Vertreter der Gewerkschaftskommission. Zwei davon bestimmt das Bureau wegen vor kommender eiliger Sachen. Die übrigen durch Zuruf. Es sind die Kollegen: Röhte, Sind, Höhler und Haase. Ferner wurden 6 Arbeitnehmervertreter des Bezirksamts gewählt. Es sollten Kollegen sein, die den letzten Tarif mit aufgebaut und mit ihm verwohnt sind. Es wurden gewählt: die Kollegen Geschobold, Schumann, Thiele, Stief, Wilhelm und Haase. Nach einem stemmenden Stören, der sich gegen die gemeinsame Behandlung der Gefangenen der letzten Berliner Kämpfe richtet, folgte Geschobold die stürmisch verlaufenen Versammlung.

Eingegangene Bücher und Schriften.

Zugleich mit der Resolution. Verlag für Sozialwissenschaften, G. m. b. H., Berlin SW 60, Lindenstr. 114. Bisher sind erschienen: Die Rettung aus dem finanziellen Elend, von Wilhelm Heil, Preis 50,-. Der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, von Paul Littmann, Mitglied der Generalversammlung der Gewerkschaften, Preis 40,-. Die Reform des deutschen Strafrechts, von Rechtsanwalt Dr. Hugo Henemann, Preis 50,-. Weitere Hefte in Vorbereitung.

**Spätestens am 19. April
ist der 17. Wochenbeitrag für 1919
(20. bis 26. April) fällig.**

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 20. April:

Gärtner a. d. R.: Vom 10 Uhr im Lokale „Groß-Gärtner“ — Schlesischen: 4 Uhr bei Jürgens, Alter Markt. — Halle a. d. Saale: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Halle 42/44.

Montag, 22. April:

Leipzig (Konditoren): Im Seglerheim, Nordstr. 17.

Donnerstag, 24. April:

Rüstringen-Wilhelmshaven: Im „Generaldeutschen Hof“, Rüstringen, Grenzstraße.

Sonntag, 27. April:

Bochum: „Zum goldenen Löwen“, Ecke Moon- und Rottmühle. — Düsseldorf: 2 Uhr, „Deutsches Haus“ — Saarbrücken III: 3 Uhr, Bleicher 6. — Jülich: 2 Uhr, „Bräustüberl“, Schloßstraße.

→ Anzeigen. ←

Viel 1000 fach bewährt [A. 5.]

Ratten- und Mäusefod. — Grosse Portion M. 5.

Stadt kennzeichnende Präparate-Fabrik, Swinemünde 10.

Unseren werten Kollegen Wilh. Margarete, Karl Karstädt und Hermann Iberg zu ihrer Hochzeit

die herzlichsten Glückwünsche!
[M. 5] Die Kollegen der Zahlstelle Potsdam.

Nachruf.

Es starben unsere Mitglieder:

Hans Heyne,

Lehrling, 18 Jahre alt, am 21. März.

Franz Wisnewski,

Bäcker, 22 Jahre alt, am 7. April.

Ehre ihrem Andenken!

[M. 4,20] **Verwaltung Berlin.**

Nachruf.

Allen Kollegen zur Kenntnis, daß am 27. März unser langjähriges Mitglied

Otto Thurau

gestorben ist. Wir haben in ihm einen treuen Arbeitgenossen, einen gerechten und aufrichtigen Charakter verloren. Ehre seinem Andenken!

[M. 7] Die Kollegen der Wittlerschen Brotsfabriken in Berlin.

Krankenkasse der Bäder-Firma zu Neukölln.

Zur Erstwahl der Vertreter zum Ausschank ist seitens der Arbeitnehmer nur eine Wahlvorschlagsliste eingereicht worden. Die dafür aufgeführten Personen sind somit gewählt und fällt die zum 28. April anberaumte Wahl aus. [M. 7] Der Vorstand. O. Ecke, Vorsitzender.

[M. 6]

Bachofen,

2 etagig, zum Ausziehen, 1897 von Jos. Maiermann-Göls erbaut, auf Abruch preiswert zu verkaufen. Auskunft erteilt Stadtbaumeister Hüttembrink, Brilon i. Westf.

**Liebing & Co., 6. M., Leipzig-R. 5,
Kohlgartenstr. 17.**

Telephon 2290.

Wir empfehlen:

Auchenbruch,

[M. 4,20]

allgemein beliebtes Mittel zum Streichen der Flecke und Formen, in ganz Deutschland bekannt, ausgedehnt nachgekennzeichnet, 1 Kilo M. 7,50, von 5 Kilo ab M. 2,— außer Flaschen, welche zu zwei Dritteln der berechneten Preise zurückgenommen werden.

Extrakte, Eßsenzen und Farben

laut Spezialpreisliste. Probeflaschen, enthaltend $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{4}$ Kilo von Bittermantel, Vanille, Apfelsinenkralle, Himbeer-, Rum- und Butter-Aroma Extrakt, $\frac{1}{2}$ Kilo M. 34,—, $\frac{1}{4}$ Kilo M. 65,—.

Blasur- und Aroma-Tabletten,

$\frac{1}{2}$ Dose M. 12,—, $\frac{1}{4}$ Dose M. 3,25.

Vanille-Creme-Pulver,

wieder in kleinen Mengen zum jeweiligen Tagespreis.

1 Kilo M. 4,50, Postpaket 4 $\frac{1}{2}$ Kilo M. 19,50.

Hirschhornsalz (amm. carb. pulv.).

Bestellz. 1 Kilo M. 5,50, Postpaket 4 $\frac{1}{2}$ Kilo M. 24,50.

Schaumspeisepulver,

1 Kilo M. 34,—, Postpaket 4 $\frac{1}{2}$ Kilo M. 148,50.

Cidol

in Originalflaschen von 5, 12 $\frac{1}{2}$ und 25 Liter, 1 Liter M. 4,—.

Holzstreuemehl,

1 Zentner M. 18,—, inklusive Zutaten.

Bertrand gegen Nachnahme ab hier.

Vertreter gesucht!

**Liebing & Co., 6. M., Leipzig-R. 5,
Kohlgartenstr. 17.**

Telephon 2290.

Schwaben-Mäuse-Plage

Wanzen-

bestellt Schwabenfutter M. 1,50, 3 Schacht. M. 4,25. Bäuerlein-Präparat: „Mäusefutter“ M. 1,75, Wanzenfutter M. 2: ein Röhrchen für 20 qm ausreichend. Unschädlich für andere Tiere. Wanzenfutter M. 2,25, 4,25 usw. Zahlreiche Anwendungsmöglichkeiten. [M. 10] Apotheke H. B. Sittig & Co., Berlin W. 9, Linstr. 29.